



**STÄRKER  
MIT UNS.**

**Rede zur 23. Ordentlichen  
Bezirkskonferenz 2026**

**Kai Burmeister und Maren Diebel-Ebers**

# **Rede zur 23. Ordentlichen Bezirkskonferenz des DGB Baden-Württemberg**

**Kai Burmeister und Maren Diebel-Ebers**

**Ludwigsburg, 31.01.2026**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

## **Rückblick**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Erstes möchten wir danke sagen. Ohne Euch hätten wir die letzten vier Jahre nicht hinbekommen.

Danke an alle Ehrenamtlichen, die sich in den Stadt- und Kreisverbänden eingebracht haben. Danke an den Bezirksvorstand, der immer hinter uns steht. Danke an alle Hauptamtlichen des DGB – egal ob in der Fläche oder in Stuttgart – die uns den Rücken freihalten. Danke an unsere Gewerkschaftsfamilie, an die Betriebs- und Personalräte, an die DGB-Jugend und die DGB-Frauen.

Vom Rückspiegel den Blick nach vorn.

## **1) Funktioniert unser Alltag?**

Es ist gut zu wissen, wo man herkommt und noch besser zu wissen, wo man hinwill.

Ich möchte Euch von Katja erzählen. Katja ist 37 Jahre alt, Mutter von einer Tochter, lebt mit ihrer Familie in einer 3-Zimmer-Wohnung, arbeitet Teilzeit im Krankenhaus in Pforzheim. Sie ist schon seit der Ausbildung eine von uns.

Eigentlich ist sie ein fröhlicher und optimistischer Mensch. Ja, der Kontakt mit den Patienten ist anstrengend, die Arbeit ist auch hart, aber Sie liebt ihren Job, er gibt ihr auch Kraft.

Problematischer ist ihr Alltag: Die Kita hat die Öffnungszeiten eingeschränkt – Stichwort Personalmangel. Die Stadt will das Bus-Netz ausdünnen, auch ihre Bus-Linie wird weniger fahren. Sie würde ja eine Wohnung um die Ecke ihrer Arbeit suchen, ihre ist ja eh zu klein, aber es gibt keine und wenn, dann sind sie viel zu teuer.

Heute Morgen hat sie in der Zeitung gelesen: „Alle müssen endlich wieder länger arbeiten“, – Verbot von Teilzeit. Bei dieser Überschrift kann Katja nur den Kopf schütteln. Für Katja ist der Ruf nach längerem Arbeiten eine Zumutung. Ja, eine Geringschätzung ihres Alltags als Beschäftigte und als Mutter.

Wenn sie tatsächlich länger arbeiten müsste, würde sie die Arbeit nicht mehr schaffen. Für Katja stellt sich immer häufiger die Frage: Soll ich meine Arbeit im Gesundheitswesen aufgeben und etwas anderes machen? Zunehmend überkommt sie das Gefühl, dass der Alltag nicht mehr funktioniert. Es knirscht gewaltig im Gebälk.

Wie Katja geht es vielen in Baden-Württemberg. Kita, Krankenhaus – am jahrelangen Rotstift des öffentlichen Sektors leiden viele. Das Versagen, ein funktionierendes Gemeinwesen zu organisieren, trifft Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker als die Vermögenden.

Privat oder Kasse – diese Frage beim Arzt spricht Bände darüber, wie Du versorgt wirst.

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 11. Januar stand zu lesen: „Gymnasien gibt es nur für Reiche!“ Dort heißt es weiter: „Dass ärmeren Gegenden weniger Zugang zu Schulen (...) haben, hat System. Die Folge ist, dass öffentliche Einrichtungen nicht das leisten, was sich die Gesellschaft von ihnen verspricht: Die Bekämpfung der Ungleichheit.“

Jetzt geraten die Kommunen immer mehr in finanzielle Schieflage. Das ist gefährlich für jede und jeden von uns und gefährlich für die Demokratie.

Wir können uns abgesenkte soziale Standards nicht leisten! Wer Fachkräfte will, muss ordentlich zahlen! Und deshalb volle Solidarität mit der Tarifrunde für die Länder; 7 Prozent sind mehr als gerecht.

„Kommunen am Limit“ – diese Kampagne von ver.di kommt zur richtigen Zeit und alle Gewerkschafter\*innen und Gewerkschaften stehen dahinter. In einem verdammt reichen Land muss der Alltag funktionieren!

Bei der Aufzählung der Mängel entsteht der Eindruck, dass wir in einem armen Land leben. Ihr alle kennt SAP aus Walldorf: Der SAP-Chef Christian Klein hat in diesem Monat schon über eine Million Euro verdient – am Jahresende wird er so viel bekommen wie 320 Beschäftigte bei einem Durchschnittsgehalt.

Es gibt jede Menge Menschen, die extrem viel Kohle haben und gar nicht wissen, wohin mit ihrem Geld. Manche Super-Reiche tun Gutes – in der Rhein-Neckar Region und vielen anderen Orten gibt es den Gönner, der große Batzen Geld für das Theater, die Hochschule oder für andere Lieblingsvorhaben gibt. Hopp, Schwarz, Würth – und ihr alle kennt weitere Namen.

Da sind sinnvolle Dinge dabei, allerdings ist mit diesem Mäzenatentum kein Staat zu machen. Jedenfalls kein demokratischer. Wir sagen klar: Große Vermögen müssen endlich zur Finanzierung von öffentlichen Aufgaben herangezogen werden.

Was soll damit finanziert werden? Gute Bildung – das ist so eine Floskel in jedem Wahlkampf. Was soll in der Schule besser werden? Meine Töchter finden den Unterrichtsausfall nicht so schlimm, ihnen würde zweilagiges Klo-papier reichen.

Manchmal reichen Veränderungen in den Strukturen, in Sachen Bildungsgerchtigkeit müssen wir jetzt an die Struktur ran. Neben dem Gymnasium ist heute zu viel Nebeneinander und Unübersichtlichkeit, zu viele Kinder gehen verloren. Es ist jetzt Zeit für ein einfaches Schulsystem: integrativer und inklusiver – mehr gemeinsames Lernen, den ganzen Tag, mit mehr Pädagog\*innen.

Gute Bildung kostet zugegebenermaßen viel Geld, aber es ist gut investiertes Geld.

Es geht um gutes Leben. Wir werden heute Nachmittag Anträge dazu beraten. Kommunen müssen handlungsfähig sein. Vor Ort entscheidet sich, ob Staat funktioniert oder nicht. Soziale Einrichtungen gehören genauso dazu wie der Schutz unserer Infrastruktur. Sozialstaat nach Kassenlage geht nicht.

Konkret: Für die Menschen muss es besser werden. Das bedeutet:

- Mehr bezahlbarer Wohnraum
- Eine Landeswohnungsbaugesellschaft, die pro Jahr 15.000 Sozialwohnungen baut
- Gebührenfreie Kitas
- Mehr Bildungsgerechtigkeit
- Eine bessere Gesundheitsversorgung in der Stadt und auf dem Land

Nur ein gerechtes Land ist ein starkes Land!

## **2) Arbeitsplätze in Gefahr**

Katja ist mit Markus verheiratet. Markus arbeitet in Bretten bei Neff bei den Dunstabzugshauben. Freitags und Samstags drückt Markus die Schulbank und macht eine Weiterbildung. Es bleibt wenig Zeit für Kind und Familie. Statt Freude über den Aufstieg im Job sorgt sich Markus um seinen Arbeitsplatz.

NEFF in Bretten hat jüngst angekündigt, den Standort schließen zu wollen. Als Gründe für die Entlassung hat Markus mitbekommen: Die Produktion soll ins Ausland verlagert werden. 2023 war Bretten noch Fabrik des Jahres!

Wie Markus geht es vielen Beschäftigten – ZF, Bosch und viele weitere Unternehmen laden die Krise gerade auf dem Rücken der Beschäftigten ab. Gestern warst Du noch als begehrter Experte gefragt, heute droht vielen im Südwessten der Jobabbau.

Viele haben das Gefühl: Der sichere Boden löst sich unter den Füßen auf. In den letzten drei Jahren sind über 30.000 Arbeitsplätze in der Industrie verloren gegangen. Viele weitere Arbeitsplätze stehen aktuell im Feuer. Wenn uns die Industrie abschmiert, dann gehen Wohlstand und Arbeitsplätze verloren. Damit finden wir Gewerkschaften uns nicht ab.

Wir nehmen die Herausforderung an.

Wir werden um Standorte und Arbeitsplätze kämpfen!

Wir wollen in Baden-Württemberg Industrieland bleiben!

Wir zeigen Entlassungen die rote Karte!

Wenn es um sichere Arbeitsplätze geht, steigen wir alle in den Boxring. Für ein wirtschaftliches, starkes Baden-Württemberg müssen wir uns auch in die Ideenwerkstatt begeben.

Bevor wir dahin gehen, was machen eigentlich die Unternehmer in diesem Land? Manager, was ist mit Euch los? Ihr redet das Land in einer Tour schlecht.

„Weg mit dem Ostermontag“ – Nicola Leibinger-Kammüller, Vorstandsvorsitzende von Trumpf, fordert den Ostermontag als Feiertag abzuschaffen. Was soll das? Das löst kein einziges Problem der Wirtschaft.

Kluge Industrie- und Wirtschaftspolitik heißtt: Politik muss mehr investieren, nur Gipfel moderieren reicht nicht. Für Baden-Württemberg brauchen wir ein „Bündnis der Vernunft“.

Uns geht es um einen Schutzhirm für die Beschäftigten. Es geht um mehr Innovation, Investitionen und Standorte – das ist unsere gemeinsame Verantwortung. Im „Bündnis der Vernunft“ müssen wir Lösungen für das in Bedrängnis geratene Geschäftsmodell unserer Volkswirtschaft sprechen – da braucht es auch verantwortliche Politik und vernünftige Arbeitgeber. Praktiker mit Lösungswillen, statt Sprüche aus der VIP-Loge!

Ein Thema ist die Arbeitsproduktivität. Wir Gewerkschaften sind gut beraten, uns in aller Ernsthaftigkeit damit auseinanderzusetzen. Das lässt sich heute nicht vertiefen. Die Stichworte sind das Arbeitsvolumen, ein überalterter Kapitalbestand und die private Investitionszurückhaltung.

Wir nehmen uns den Standortproblemen an – mit Ernsthaftigkeit, dem Wissen um Produkte und Arbeitsprozesse.

Vom Auto bis zum Teddybären, von Pharma, Papier bis zu Ravioli – die Beschäftigten können eine Menge. Wir können Batterietechnologie,

Umwelttechnik und Recycling – die natürliche Intelligenz der Beschäftigten hilft uns dabei.

Heute sind wir gut beraten, uns auch um die sicherheitsrelevante Infrastruktur zu kümmern. Stichwort Feuerwehrautos – die werden im Südwesten mit Tarifvertrag produziert.

Bei solch wichtigen Produkten sollten wir uns nicht von China abhängig machen – Vergabeentscheidungen sind nicht unpolitisch. In diesem geopolitischen Umfeld brauchen wir mehr Local Content statt blinder Erbsenzählerie.

Wir sind bereit für Zukunft – mit Herz, Köpfchen und unseren Händen.

### **3) Bedrohte Demokratie**

Katja und Markus sind lebensfroh und doch plagen sie Sorgen – es ist nicht leicht, Arbeit, Familie und das Leben unter einen Hut zu bekommen.

Gestern lag die Wahlbenachrichtigungskarte im Briefkasten. Am 8. März ist Landtagswahl. Sollen sie wählen gehen? Das haben sie eigentlich immer gemacht. So unsicher wie heute, waren sie nie.

Für uns hier alle ist Wählengehen eine Selbstverständlichkeit. Außerhalb dieses Raums sieht es leider zu oft anders aus.

Wir wissen um unsere Verantwortung: Gestern jährte sich die Machtergreifung Hitlers zum 93. Mal. Der Kampf gegen Rechts ist DNA der Gewerkschaften. „Nie wieder“, das ist unser Versprechen.

Wir Gewerkschaften sind Bewegung für Demokratie. Unsere demokratische Aufgabe ist es, unbequem zu sein, uns mit Mächtigen anzulegen. Wir haben das Gespür für die Menschen und für die Stimmungen in den Belegschaften.

Wir verstehen die Sorgen, wir können die Missstände benennen und Verbesserungen durchsetzen. Mit der Kraft der Solidarität bewegen wir die dicksten Brocken. Wir machen es gemeinsam.

Oskar Negt betont:

„Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss.“

Klingt langweilig. Wir beweisen: Lernen kann Spaß machen! Demokratie ist für uns nicht nur, alle vier Jahre wählen zu gehen. Demokratie fängt bei uns allen an – im Ort, im Betrieb.

Und à propos Ort, da fällt mir unser DGB Jugendcamp ein. Wer von Euch kennt Markelfingen? Wie ihr wisst, sind wir gerade mit dem bevorstehenden Umbau beschäftigt. An dieser Stelle danke an alle, die uns unterstützen: Stefan Körzell, Martin Kunzmann, Maike Schollenberger, Martin Gürtler, die DGB-Jugend und viele Ehrenamtliche.

Ich kann Euch sagen, es geht mir manchmal ordentlich auf die Nerven. Viel hält mit Kaugummi zusammen und der Kaugummi ist jetzt in die Jahre gekommen. Ich bin dort nicht sozialisiert, aber ich habe schnell verstanden, dass es mehr als ein oller Zeltplatz ist. Es ist ein Ort, an dem so viele von uns ihre ersten Schritte in der Gewerkschaftswelt gemacht haben, Gewerkschaft erlebt haben. Gelernt haben, politisch zu diskutieren und um Kompromisse zu ringen. Ja, auch zu streiten, zu leben und manchmal auch zu lieben. Es ist vor allem ein Ort, um Demokratie zu leben und zu lernen.

Weil gewerkschaftliche Bildungsarbeit/Demokratiearbeit so wichtig ist, erneuern wir unser Jugendcamp. Es ist unsere Schule der Demokratie.

Den Aufstieg von Nationalismus hätte ich mir nicht vorstellen können. Heute mache ich mir sorgen um unsere Demokratie. Wir stehen für Schule, die Haltung zeigt – Lehrerinnen und Lehrer müssen ohne Angst für Demokratie und Grundgesetz einstehen können.

Gleichtes gilt für die Betriebe. Ein Schatz unserer Demokratie ist das Bildungszeitgesetz, mit dem Demokratie gelernt und gelebt werden kann. Zur Wahrheit gehört: Es wird zu wenig genutzt. Es ist für uns an der Zeit, Demokratie stärker zu leben.

Ein guter Anlass ist die Landtagswahl. Nur ein gerechtes Land ist ein starkes LÄND. Ob Özdemir oder Hagel, ist vielleicht gar nicht so entscheidend, zumindest zeigt mir der bisherige Wahlkampf zu wenig Wettstreit um Ideen.

An die Politik: Rauft Euch zusammen! Macht Politik für die Beschäftigten! Nehmt die Sorgen um Arbeitsplätze, teure Mieten und fehlende Kitas ernst! Schafft Lösungen! Nehmt nicht das oberste Prozent als Ausgangspunkt für Eure Politik, sondern den Alltag der 5 Millionen Beschäftigten im Land.

„Gute Arbeit“, „Starke Wirtschaft“, „Soziale Sicherheit“ – Das sind abstrakte Überschriften. Her mit einem Tariftreuegesetz, damit Lohndumping bei öffentlichen Aufträgen ein Ende hat.

An Vorschlägen für ein gerechtes Baden-Württemberg mangelt es uns hier im Raum allen nicht. Wichtig ist, dass die Beschäftigten jetzt davon erfahren. Eine gute Gelegenheit ist der 28. Februar. An diesem Samstag gehen wir in Stuttgart auf die Straße.

**ES REICHT! Wir kämpfen für lebenswerte Kommunen, für eine starke Industrie, für Demokratie und Zusammenhalt.**

Verdi, IG Metall und DGB rufen auf! Wir Gewerkschaften zeigen: „Wir stehen zusammen!“

Während die einen auf den 8. März schauen, geht es für uns mit den Wahlen weiter. Unser Verständnis von Demokratie umfasst auch die Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen im Betrieb und in der Wirtschaft.

Ab März stehen die Betriebsratswahlen an. Gute Arbeitstage gibt es nur dort, wo es Mitbestimmung durch Betriebs- und Personalräte gibt. Ja zu mehr Betrieben mit Betriebsräten!

Die Arbeit der Mitbestimmung verdient mehr Aufmerksamkeit. Als DGB wollen wieder unseren Mitbestimmungspreis durchführen, um der tollen Arbeit von Betriebsräten, Personalräten, Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV), Schwerbehindertenvertretungen (SBV) und Mitarbeitervertretungen (MAV) ein Gesicht zu geben.

#### **4) DGB fest verankert in BW**

Wir sind die soziale Kraft im Land. Wir stehen für eine ordentliche Rente, für bezahlbaren Wohnraum und für eine gute und wohnortnahe Gesundheitsversorgung.

Wir stehen für Frieden und stellen uns gegen eine neue Rüstungsspirale. Da sehen wir uns in guter Gesellschaft mit Kirchen, Umweltverbänden und kritischer Wissenschaft.

Wir DGB-Gewerkschaften stehen für die Vielfalt der Arbeitswelt. Wir verbinden Polizisten, Handwerker, Industriebeschäftigte mit Eisenbahnnern und Beschäftigten aus Kita, Schule und Wissenschaft. Wir sind aktiv vom Bodensee bis nach Tauberbischofsheim. Wir können Betrieb, Marktplatz und Taugungshalle.

Diese Vielfalt ist manchmal nicht leicht zu vereinen, vor allem ist sie die Quelle unserer Kraft. Zu unserem Job gehört die Interessenvertretung auf dem politischen Parkett. Ministerien und Parteien gehören zu unserem Alltag in Stuttgart.

Diese Treffen haben so ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten. Manchmal ernten wir böse Blicke, wenn wir im Ministerium deutlich unsere Meinung gesagt haben. Aber wir sind nicht da, um zu gefallen.

Unser Maßstab ist der Zuspruch der Beschäftigten. Die Krankenschwester, der Polizist und die Auszubildende muss das Gefühl und die begründete Gewissheit haben: Die von den Gewerkschaften geben mir eine Stimme.

Der Wandel der Arbeitswelt ist gewaltig. Wir haben in Baden-Württemberg 750.000 Mitglieder – mehr als alle Parteien zusammen. Mehrere tausend Kolleginnen und Kollegen sind bei uns aktiv, im Kreis- und Stadtverband, in der Selbstverwaltung bei der Krankenkasse und im Handwerk. In der DGB-Jugend und bei den DGB-Frauen.

Wir können viel, heute und auch morgen. Wir sind nicht allmächtig, aber wir haben es auch in unseren Händen.

Maren und ich stehen bereit und wollen den DGB ins Jahr 2030 führen. Gewerkschaft ist immer Teamarbeit. Um unseren DGB voranzubringen, brauchen wir Euch – Eure Kraft, Eure Leidenschaft und Eure Ideen. Ein gerechtes Baden-Württemberg gibt es nur mit Euch gemeinsam.



**DANKE!**